

Diversität und Multikultur als Chance und Herausforderung

Ralph Schöllhammer

Webster University Vienna – Private University
Palais Wenkheim, Praterstraße 23, 1020 Wien
rschoellhammer98@webster.edu

Abstract: *Diversität und Multikultur sind Schlagworte in der politischen Debatte welche sich jedoch oftmals einer klaren Definition entziehen. Dieser kurze Aufsatz versucht ein paar zentrale Punkte zu beleuchten und die Begriffe Kultur, Ethnie und Diversität differenzierter zu betrachten.*

1 Die Frage nach Kultur und Diversität

Einer der ersten Begriffe der im Zusammenhang mit Diversität genannt wird ist jener der multikulturellen Gesellschaft. Selten wurde ein Begriff so vehement verteidigt oder kritisiert wie dieser. Was jedoch viel seltener stattfindet ist eine tatsächliche Begriffsbestimmung was unter einer multikulturellen Gesellschaft eigentlich zu verstehen ist. Aufgrund der Kürze des folgenden Beitrages kann nicht auf alle Nuancen der Begriffe Kultur, Ethnie und Diversität eingegangen werden und viele der vorgebrachten Argumente erfassen nur Teilausschnitte eines wesentlich größeren thematischen Blocks. Gleichzeitig hoffe ich aber, dass dieser Aufsatz einen Beitrag zur Klärung von Begriffen liefert, welche in unserem täglichen Sprachgebrauch allgegenwärtig geworden sind.

Der Kern des folgenden Textes ist der Versuch einer Unterscheidung zwischen Ethnie und Kultur. Da diese beiden Begriffe viele Überschneidungen aufweisen, ist eine perfekte Trennung nahezu unmöglich. Ich will deshalb kurz umreißen, was hier als zentrale Unterscheidungsmerkmale befunden werden. Die ethnische Herkunft wird als etwas größtenteils Gegebenes betrachtet: Hautfarbe, Muttersprache, geographische Herkunft und dergleichen lassen sich vom Individuum nur schwer beeinflussen. Zu einem gewissen Grad trifft dies auch auf kulturelle Aspekte wie die Religion zu, jedoch mit einem zentralen Unterschied: Auch wenn man als Christ, Muslim oder Hindu geboren wird, so besteht die Möglichkeit diese Zugehörigkeit zu wechseln oder aufzugeben. In diesem Aufsatz wird Kultur als Überbegriff für Traditionen und Wertvorstellungen benutzt welche auch in kürzeren Zeiträumen veränderbar sind.

Die Problematik beginnt schon mit dem Begriff „Kultur“ an sich, welcher sich trotz seines regelmäßigen Gebrauches oftmals einer klaren Definition entzieht. T.S. Eliot verfasste 1948 ein kleines Büchlein, in welchem er versuchte sich dem Begriff anzunähern.¹ Was Eliots Werk heute noch relevant macht ist seine klare Ablehnung eines wertneutralen Kulturbegriffes. Kultur – vor allem wenn sie als politisch relevant verstanden wird – hat immer einen Wertgehalt. Und darum geht es auch in diesem Beitrag: Kultur wird hier nicht als Phänomen der Kunst oder der Ästhetik verstanden sondern als zentraler politischer Begriff welcher sich mit den Wertvorstellungen von Gruppen und Individuen auseinandersetzt.

Der politische Kulturbegriff setzt sich mit den unterschiedlichen Wert- und Moralvorstellungen auseinander und wie diese den politischen Prozess beeinflussen. Aspekte wie die Gleichstellung der Geschlechter, das Verhältnis von Religion und Staat, die Beziehungen zwischen Individuum und Gemeinschaft stehen im Zentrum der politischen Kultur. So ist beispielsweise die Mitgliedschaft in einer religiösen Gruppe mit ihren eigenen Bräuchen, Traditionen und Wertvorstellungen ein kulturelles Phänomen, während die geographische Abstammung (z.B. Asiatisch, afrikanisch, europäisch,...) in den Bereich die Ethnie fallen würde. Diese Unterscheidung ist absolut zentral, weil dadurch auch gesellschaftliche Spannungsfelder besser verortet und möglicherweise entschärft werden können. Wertvorstellungen sind an keine Ethnie geknüpft, sondern werden kulturell geprägt und weitergegeben. Diese sind jedoch ebenso einem Evolutionsprozess unterworfen und verändern sich im Laufe der Zeit unter dem Druck sozialer, politischer und technologischer Veränderungen.

Darauf aufbauend können wir verschiedene Kategorien welche oftmals als „Kultur“ bezeichnet werden ausschließen. Kulturelle Vielfalt im politischen Sinne ist nicht gleichzusetzen mit einer Vielfalt an unterschiedlichen kulinarischen, sprachlichen, biologischen oder modischen Aspekten. Unterschiede in Hautfarbe oder Herkunft schaffen multiethnische, aber nicht notwendigerweise multikulturelle Gesellschaften. Auch wenn oft eine Überlappung zwischen Ethnie und Kultur besteht – Menschen mit nahöstlicher oder südostasiatischer Herkunft werden mit größerer Wahrscheinlichkeit muslimisch, buddhistisch oder hinduistisch geprägt sein als beispielsweise protestantisch. Der entscheidende Unterschied zwischen Ethnie und Kultur besteht darin, dass erstere nur schwer zu wechseln ist während letztere zumindest zu einem gewissen Grad durch das Individuum selbst bestimmt werden kann. Ethnische und kulturelle Faktoren können sich auch gegenseitig verstärken – Sprache ist ein wichtiger ethnischer Faktor, und die Sprache bestimmt in vielen Fällen auch das kulturelle Umfeld in dem sich die Menschen bewegen. So ist die Gleichsetzung zwischen arabisch und muslimisch in vielen Fällen zutreffend, aber diese historisch gewachsene Deckungsgleichheit zwischen Ethnie und Kultur ist nicht zwingend, wie die Existenz nicht-muslimischer Araber bezeugt. Im Gegensatz zur ethnischen Herkunft lässt sich Kultur wesentlich leichter – wenn auch in den seltensten Fällen komplett – übertragen. So konnten nordische Europäer mit dem

¹ T. S. Eliot, *Notes towards the Definition of Culture* (London: Faber and Faber, 1968).

Christentum eine nahöstliche Religion übernehmen, jedoch nicht die ethnische Herkunft des Christentums. Gleiches gilt für die Islamisierung der Perser und Indonesiens, wo eine Kultur arabischen Ursprungs von nicht-arabischen Völkern übernommen wurde.

Die Unterscheidung zwischen multiethnisch und multikulturell ist entscheidend, da eine ethnisch diverse Gesellschaft durchaus eine große gemeinsame kulturelle Schnittmenge besitzen kann. So ist beispielsweise die Schweiz ein Beispiel für einen multiethnischen Staat, welcher jedoch in seiner politischen Kultur äußerst homogen ist. Ähnliches gilt für die USA oder das Vereinigte Königreich, in welchen unterschiedliche ethnische Untergruppen Teil einer größeren, nationalen Identität geworden sind. Es ist wichtig zu betonen, dass sowohl Ethnien als auch Kulturen zu einem bestimmten Grad soziale Konstrukte darstellen. Die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe kann an biologischen Merkmalen wie beispielsweise der Hautfarbe oder linguistischen Markern wie der Sprache festgemacht werden, weshalb die ethnische Zugehörigkeit in vielen Fällen schwieriger zu wechseln ist als die kulturelle Zugehörigkeit.

Ein Beispiel dafür wäre der islamische Reformler Maajid Navaaz, welcher sich vom islamistischen Extremisten zum islamischen Reformler gewandelt hat. Ethnisch hat sich an seiner Person nichts geändert, aber zentrale Wertvorstellungen wie die Behandlung von Homosexuellen oder die Rolle der Frau in der Gesellschaft haben einen fundamentalen Wechsel erfahren. Diese Transformation war kulturell, jedoch nicht ethnisch.

Zu erkennen, dass die ethnische Herkunft eines Menschen nicht einen deterministischen Faktor in der kulturellen Identität darstellt wird eine der größten Herausforderungen für diverse Gesellschaften sein. Wenn multiethnische Gesellschaften einen gewissen kulturellen und damit wertebasierenden Grundkonsens teilen – zum Beispiel die Toleranz gegenüber anderen ethnischen Gruppen – kann Diversität tatsächlich einen Gewinn darstellen. Wenn jedoch kulturelle Gegensätze so groß sind, dass diese in kompletten Widerspruch zueinander stehen und sich gegenseitig ausschließen, kann Diversität zu einer gesellschaftlichen Zerreißprobe werden. Unterschiedliche Wertvorstellungen könne nur zu einem gewissen Grad nebeneinander in demselben Staat existieren – sind die Widersprüche zu groß, kann dies zu gewaltsamen Auseinandersetzungen oder zu wachsender Segregation bis hin zur Abspaltung führen.

Eine gemeinsame Identität kann ethnische Unterschiede überbrücken und effiziente demokratische Systeme schaffen. Viele europäische Staaten wie zum Beispiel Frankreich, Italien oder Deutschland sind und waren ethnisch äußerst heterogen, es wurden im Laufe der Geschichte die einzelnen Gruppen jedoch kulturell zusammengeführt. Es wird oftmals vergessen, dass 1789 nur 12-13% der Franzosen "korrektes" Französisch sprachen und das 1860 nur 2.5% der Bevölkerung Italiens Italienisch als Alltagssprache benutzten. Selbst die moderne deutsche Identität ist in

vielen Belangen ein „rein kulturelles Konstrukt.“² Der homogene Nationalstaat war lange Zeit mehr Mythos als Realität und wurde in vielen Teilen Europas erst mit den ethnischen Säuberungen im Zuge der beiden Weltkriege durchgesetzt.³ Der Mythos der nationalen Einheit wurde jedoch politisch seit dem 18. Jahrhundert vorangetrieben und institutionell untermauert. Militärdienst, Schulpflicht, Hymnen, Literatur und Kultur wurden genutzt um ein nationales Bewusstsein zu schaffen. Diese Vorgehensweise war nicht an bestimmte politische Systeme gebunden sondern fand in liberaleren Systemen wie Großbritannien genauso statt wie in autoritären Systemen wie Russland.⁴ Selbst die Vereinigten Staaten konstruierten eine nationale Identität mit der Verfassung und der Idee eines „American Way“ im Zentrum.⁵

Der Erfolg dieser „Konstruktion“ nationaler Identitäten wird von der katastrophalen Rolle überschattet, welche diese in zwei Weltkriegen und vor allem als Grundlage für den Holocaust innehatten. Gleichzeitig darf aber nicht vergessen werden, dass ein funktionierendes politisches System eine gemeinsame Identität und Identifikation erfordert, um handlungsfähig zu sein. Sich lösende oder schwächer werdende nationale Identitäten in Staaten wie Spanien, Belgien und zunehmend auch Großbritannien unterminieren das Vertrauen der Gesamtbevölkerung in den Staaten und führen zu einem Rückzug in vertrautere ethnische oder ideologische Gruppen. Darin liegt auch das Dilemma des modernen multikulturellen Staates, da einerseits der kulturelle Pluralismus erhalten werden sollte, aber gleichzeitig ein nationales „Wir-Gefühl“ bestehen sollte.

Amartya Sen hebt hervor, dass der entscheidende Unterschied jener zwischen tatsächlich multikulturellen Gesellschaften und jenen, welche aus einer Pluralität an Monokulturen bestehen.⁶ Multikulturelle Gesellschaften sind voller Überlappungen einzelner Gruppen, und aus diesen Interaktionen entsteht eine neue, genuine Kultur die alle gesellschaftlichen Gruppen in eine neue Form der kulturellen Identität einschließt. Eine Pluralität an Monokulturen bedeutet, dass verschiedene Kulturen nebeneinander und nicht miteinander existieren. Unterschiedliche Wertvorstellungen werden in Isolation voneinander gepflegt, gleichzeitig besteht jedoch das Risiko von Konflikten zwischen den Gruppen wenn diese Wertvorstellungen in Konflikt geraten. Ein Beispiel dafür wären die wachsenden Spannungen zwischen LGBT-Aktivist*innen

² Eric Hobsbawm, *Nations and Nationalism since 1780: Programme, Myth, Reality* (Cambridge: Cambridge University Press, 2012), 61.

³ Benedict Anderson, *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, New Edition (London: Verso, 2006).

⁴ David Cannadine, *Ornamentalism: How the British Saw Their Empire* (New York, NY: Oxford University Press, USA, 2002); Eric Hobsbawm und Terence Ranger, Hrsg., *The Invention of Tradition* (New York, NY: Cambridge University Press, 2012); David Armitage, *The Ideological Origins of The British Empire* (Cambridge: Cambridge University Press, 2000); Niall Ferguson, *Civilization: The West and the Rest* (New York: Penguin Press HC, 2011).

⁵ Wendy Wall, *Inventing the „American Way“: The Politics of Consensus from the New Deal to the Civil Rights Movement* (Oxford; New York: Oxford University Press, 2008).

⁶ Amartya K. Sen, „Democracy as a Universal Value“, *Journal of Democracy* 10 (1999): 3–17.

und religiösen Gruppen in den Niederlanden oder den USA. Darum argumentieren selbst liberale Philosophen wie Charles Taylor oder Martha Nussbaum für einen aufgeklärten aber in manchen Bereichen homogenisierenden Patriotismus ⁷

Verstärkt wird dieses Problem zusätzlich durch die technologischen und sozialen Entwicklungen des letzten halben Millenniums, welche die Frage der Identität immer mehr in den Vordergrund verschoben. Autoren wie Charles Taylor weisen darauf hin, dass die Auswahl an Identitäten in der Vergangenheit auf Religion und familiäre Bande beschränkt war. Mit der Aufklärung, dem Buchdruck und der damit einhergehenden wachsenden Alphabetisierung konnten immer mehr Menschen auf neue und intensivere Art und Weise die Welt erfahren und Fragen nach der eigenen Identität stellen, die bis dahin als gegeben und unabänderlich betrachtet wurde.⁸

Das Internet kann in vielerlei Hinsicht als der Buchdruck des 20. Jahrhunderts verstanden werden. Heute wie damals wird Kommunikationstechnologie benutzt um Unterstützer und Sympathisanten für politische und soziale Anliegen zu rekrutieren. Die Frage nach Identität hat dabei jedoch nichts an ihrer Brisanz verloren: Die erfolgreiche Rekrutierung junger Muslime um als Soldaten für den Islamischen Staat zu kämpfen spricht gezielt jene an, die sich in einer Identitätskrise befinden. Die Tatsache, dass besonders Muslime in westlichen Gesellschaften für diese Art der Propaganda anfällig sind ist ein Anzeichen dafür, dass viele westliche Staaten das Bedürfnis nach Identität nicht ausreichend befriedigen können.

Im Lichte der aktuellen politischen Entwicklungen und demographischer Veränderungen durch globale Migrationsströme ist eine intensive Auseinandersetzung mit Fragen der Identität, Diversität und Multikulturalität unvermeidlich und darf sich nicht in Plattitüden erschöpfen. Die Polarisierung der Debatte zwischen Xenophobie einerseits und einem Diversitätsoptimismus andererseits wird der tatsächlichen Herausforderung nicht gerecht. Im Graubereich zwischen diesen beiden Polen liegt das Potential sich verändernde Gesellschaften durch einen bereits stattfindenden Transformationsprozess zu begleiten, welche sowohl Chancen als auch Risiken gegeneinander abwägt.

2 Der Wunsch nach Anerkennung

In einem der meistverkauften Bücher des Jahres 2007 argumentiert der britische Intellektuelle James Martin, dass eine wachsende Zahl an Menschen sich in Zukunft nicht religiös oder ethnisch identifizieren wird, sondern ein neues Selbstverständnis

⁷ Charles Taylor, „Why democracy needs patriotism“, *For love of country: Debating the limits of patriotism*, 1996, 119–21.

⁸ Charles Taylor, *Sources of the Self: The Making of the Modern Identity* (Cambridge: Cambridge University Press, 1992); Francis Fukuyama, „The Primacy of Culture“, *Journal of Democracy* 6, Nr. 1 (1995): 7–14.

als „Citoyens du monde“ zur Norm werden wird. Der Glaube an eine zunehmend zusammenwachsende Welt in der ideologische und kulturelle Grenzen niedergerissen und einem gemeinsamen Ganzen Platz machen würden sind spätestens seit dem Fall des Eisernen Vorhanges und der Internet-Revolution der 1990er Jahre allgegenwärtig.

Wenn man jetzt auf den Optimismus der vergangenen 25 Jahre zurückblickt zeigt sich jedoch schnell, dass sich bereits damals ein gewisses Unwohlsein eingeschlichen hatte, ob denn die Zukunft tatsächlich einer globalen kosmopolitischen Vision gehören würde. Wie gering die Überzeugung tatsächlich war zeigte sich in der Reaktion auf einen der wahrscheinlich einflussreichsten Artikel der 1980er Jahre, Francis Fukuyamas Essay vom „Ende der Geschichte“ in der amerikanischen Zeitschrift „The National Interest.“ Geschrieben vor dem eigentlichen Ende des Kalten Krieges verkündete Fukuyama den Triumph des westlich-kapitalistischen Demokratiemodells als Endpunkt der ideologischen Entwicklung der Menschheit. Entgegen der oftmals verzerrten Darstellung seiner Kritiker war Fukuyama jedoch nicht der Meinung, dass mit dem Ende der ideologischen Entwicklung auch ein Ende von sozialen, technologischen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen eingetreten sei. Vielmehr argumentierte Fukuyama, dass der ideologische Wettstreit zwischen umfassenden Ideologien wie beispielsweise Kommunismus, Faschismus und eben der liberalen Demokratie mit einer eindeutigen Entscheidung zu Ende gegangen ist.

Trotz der zahlreichen Kritik die Fukuyama für seinen Artikel einstecken musste, so ist ihm eine gewisse prognostische Kraft nicht abzuspüren. Seit den 1970er Jahren ist die demokratische Staatsform weltweit auf dem Vormarsch: Von knapp 45 Demokratien 1970 stieg die Anzahl der demokratischen Staaten auf über 123 in 2006. Im Zuge der „Großen Rezession“ ist die Zahl der Demokratien momentan im Sinken begriffen, es ist jedoch fragwürdig ob man tatsächlich von einer „demokratischen Rezession“ sprechen kann.⁹ Gleichzeitig zeigen diese Zahlen jedoch noch etwas anderes: Es ist nicht nur die Zahl an Demokratien welche zugenommen hat, sondern auch die absolute Zahl an Staaten, welche seit der Gründung der Vereinten Nationen von 51 Staaten 1945 auf zuletzt über 190 Staaten angewachsen ist. Im Gegensatz zu Martins Prognose wollen mehr und mehr Menschen als Mitglieder ethnischer oder religiöser Gruppen wahrgenommen werden, auch wenn gleichzeitig vielerorts der Wunsch besteht, dass diese Gruppen nach demokratischen Prinzipien organisiert werden.

Und hier liegt eines der größten Missverständnisse in der Demokratiedebatte der letzten Jahre: Nur weil beispielsweise Ägypten sich eine Demokratie nach dänischem Vorbild wünscht, bedeutet dies noch lange nicht, dass Ägypten ein Teil Dänemarks sein möchte. Besonders im Rückblick auf den arabischen Frühling ist es wichtig zu

⁹ L. Diamond, „Democratic Rollback-The Resurgence of the Predatory State“, *Foreign Affairs* 87 (2008): 36; L. Diamond, „The Democratic Recession: Before and After the Financial Crisis“, in *New Ideas in Development after the Financial Crisis*, hg. von N. Birdsall und F. Fukuyama (Baltimore: Johns Hopkins University Press, 2011).

betonen, dass ein Streben nach funktionsfähigen demokratischen Institutionen und ein Ablehnen des Westens in ideologischer und kultureller Hinsicht sich nicht gegenseitig ausschließen müssen. Auch wenn zahlreiche Umfragen bestätigen, dass sich ein Großteil der Menschen im Nahen Osten eine demokratische Regierung wünscht, so ist dieser Wunsch nach Mitbestimmung in der Politik nicht mit dem Wunsch nach einer Verwestlichung der eigenen Kultur zu verwechseln.

Der Schlüssel zu Fukuyamas Vertrauen in die Überlegenheit der Demokratie liegt in seiner Beschreibung der menschlichen Natur. Aufbauend auf Autoren wie Adam Smith, Immanuel Kant und, vor allem, G.W.F. Hegel beschreibt er, dass das treibende Element des Menschen sein Wunsch nach Anerkennung ist. Es sind nicht nur die physischen Bedürfnisse welche die menschliche Existenz ausmachen, sondern das Bedürfnis nach Anerkennung von den Menschen um uns herum. Der Wunsch nach Selbstverwirklichung – um diesen modernen Ausdruck zu benutzen – ist der Wunsch nach Verwirklichung der uns innewohnenden Würde und die Anerkennung derselben durch die Gesellschaft. Diese Verwirklichung benötigt jedoch einen hohen Grad an individueller Freiheit, welcher in keinem System besser als in einer liberalen Demokratie gewährleistet werden kann.

Im Idealzustand wohnt dem Individuum die Menschenwürde als solches inne und sollte von anderen als solche anerkannt werden, in Wirklichkeit wird diese jedoch oft an zusätzliche Symbole, welche sichtbar sein sollen, geknüpft. So bezieht der devote Gläubige oder der überzeugte Patriot seine Würde nicht einfach aus seiner schieren Existenz, sondern aus der Demonstration der Zugehörigkeit zu einer Gruppe und deren Symbolen – egal ob religiöser oder säkularer Natur. Verbunden mit diesen Symbolen sind auch Wertvorstellungen und Ideen des „richtigen Lebens“, deren Befolgung das ultimative Bekenntnis zur eigenen Gruppe ist, einen als Mitglied auszeichnet und von Nichtmitgliedern abgrenzt. In der idealen Vision einer diversen Gesellschaft würden diese unterschiedlichen Gruppen wohlwollend nebeneinander existieren und die Wertvorstellungen der jeweils anderen tolerieren, was jedoch in der Realität oftmals nur schwer möglich ist. Wer seine Würde aus dem Befolgen bestimmter religiöser Regeln bezieht, wird nur schwer eine Gruppe akzeptieren können, deren Wertvorstellungen das Verletzen ebendieser Regeln beinhaltet. Die emotionale Befriedigung die durch die Zugehörigkeit zu einer Gruppe entsteht verlangt nahezu zwingend das Ablehnen jener Gruppen, welche den Kodex verletzen dessen Befolgung die Bedingung zur Mitgliedschaft in meiner Gruppe ist.

So überraschte es wenig, dass sich die Muslimbrüder in Ägypten mit dem Ende des Mubarak-regimes nicht mäßigten. Nach Jahrzehnten der Unterdrückung wollte man als explizit islamische Bewegung wahrgenommen werden, da das Element der Religion der Kern der Gruppenidentität ist.

In einer Welt, in der eine wachsende Zahl von Menschen unterschiedliche und sich potentiell gegenseitig ausschließende Wertvorstellungen als Identitätsgrundlage besitzen neigt möglicherweise mehr zu Konflikt als zu globaler Harmonie. Auch wenn

Fukuyama teilweise Recht behält, so scheint die Welt zwar demokratischer, aber nicht notwendigerweise liberaler zu werden.

3 Liberalismus und Diversität

Selbst eine diverse Gesellschaft muss über ein Wertefundament verfügen, welches von einem Großteil der Bevölkerung geteilt wird. Ein solches gemeinsames Wertefundament ist jedoch keinesfalls mit einer ideologischen Gleichschaltung der Bevölkerung zu verwechseln. Das genaue Gegenteil kann der Fall sein, wenn beispielsweise Werte wie Meinungs- und Gewissensfreiheit eine zentrale Stelle in einnehmen. Dies bedeutet jedoch auch, dass in einer diversen Gesellschaft nicht alle Werte den gleichen Stellenwert haben können. Wie Kritiker multikultureller Gesellschaften betonen, müssen Werte welche die Gleichbehandlung des Individuums unterminieren oder für bestimmte Gruppen Sonderrechte einräumen individuellen Rechten wie der Meinungsfreiheit untergeordnet werden.¹⁰ Auch wenn es historische gerechtfertigte Ausnahmen geben kann – Gesetze gegen nationalsozialistische Wiederbetätigung in Österreich und Deutschland – so muss das Ziel einer multikulturellen Gesellschaft nicht nur das nebeneinander existieren von unterschiedlichen Gruppen sein, sondern das miteinander existieren.

Aus diesem Grund darf Liberalismus und ein Bekenntnis zu einer diversen Gesellschaft nicht zu Relativismus und Nihilismus führen. Der Autor Robert Frost wird oft mit der Aussage zitiert, liberal ist, wer sein eigene Meinung in einer Diskussion nicht argumentieren kann aus Furcht, gegenüber der anderen Person intolerant zu erscheinen. Eine liberale und diverse Gesellschaft muss sich jedoch auf einen gemeinsamen Wertekatalog verständigen, der ein Zusammenleben in einem politischen System möglich macht.

Ein solcher Wertekatalog sollte vor allem darauf abzielen, die wichtigste Grundlage für eine diverse Gesellschaft zu stärken: Die Toleranz gegenüber Andersdenkenden und deren Ideen. Eine liberale Demokratie ist kein steriler öffentlicher Raum sondern ein Marktplatz auf welchem unterschiedliche Ideen diskutiert, adaptiert, verworfen und verarbeitet werden. Die Aufgabe einer staatlich geförderten Diskussionskultur wäre die Aufrechterhaltung von Regeln innerhalb dieses Marktplatzes, deren Einhaltung gleichzeitig die Berechtigung zur Teilnahme einschließt. Wer diese Regeln verletzt und beispielsweise zu Gewalt gegen andere Gruppen aufruft, verliert auch sein Recht, an der Diskussion teilzunehmen.

Die Vorteile diverser Gesellschaften treten oft mit Zeitverzögerung auf, während sich die Probleme bereits nach kurzer Zeit manifestieren können. Studien wie jene von

¹⁰ Michael Ignatieff, *Human Rights as Politics and Idolatry.*, hg. von Amy Gutmann (New Jersey: Princeton University Press, 2003); Brian Barry, *Culture and Equality: An Egalitarian Critique of Multiculturalism* (Cambridge, Mass: Harvard University Press, 2002).

Robert Putnam haben ergeben, dass Gesellschaften deren Diversität zunimmt einen Verlust an sozialer Kohäsion, Zusammenarbeit und Vertrauen in lokale politische Institutionen erfahren.¹¹ Mit der Zeit lassen diese negative Effekte nach, vor allem dann wenn die neue Bevölkerung nicht mehr als fremd wahrgenommen wird.

Diversität ist nicht ausschließlich positiv oder ausschließlich negativ zu sehen sondern als Herausforderung die es zu bewältigen gibt. Auch wenn es außer Zweifel steht, dass die Diversität in europäischen Gesellschaften zunehmen wird, so darf dies nicht zu einem Aufgeben fundamentaler Werte führen, welche ein Leben in Würde und Anerkennung erst ermöglichen.

4 Literatur

Amartya K. Sen. „Democracy as a Universal Value.“ *Journal of Democracy* 10 (1999): 3–17.

Anderson, Benedict. *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. New Edition. London: Verso, 2006.

Armitage, David. *The Ideological Origins of The British Empire*. Cambridge: Cambridge University Press, 2000.

Barry, Brian. *Culture and Equality: An Egalitarian Critique of Multiculturalism*. Cambridge, Mass: Harvard University Press, 2002.

Cannadine, David. *Ornamentalism: How the British Saw Their Empire*. New York, NY: Oxford University Press, USA, 2002.

Diamond, L. „Democratic Rollback-The Resurgence of the Predatory State.“ *Foreign Affairs* 87 (2008): 36.

———. „The Democratic Recession: Before and After the Financial Crisis.“ In *New Ideas in Development after the Financial Crisis*, herausgegeben von N. Birdsall und F. Fukuyama. Baltimore: Johns Hopkins University Press, 2011.

Eliot, T. S. *Notes towards the Definition of Culture*. London: Faber and Faber, 1968.

Ferguson, Niall. *Civilization: The West and the Rest*. New York: Penguin Press HC, 2011.

¹¹ Robert D. Putnam, „E pluribus unum: Diversity and community in the twenty-first century – the 2006 Johan Skytte Prize Lecture“, *Scandinavian political studies* 30, Nr. 2 (2007): 137–74.

- Fukuyama, Francis. „The Primacy of Culture.“ *Journal of Democracy* 6, Nr. 1 (1995): 7–14.
- Hobsbawm, Eric. *Nations and Nationalism since 1780: Programme, Myth, Reality*. Cambridge: Cambridge University Press, 2012.
- Hobsbawm, Eric, und Terence Ranger, Hrsg. *The Invention of Tradition*. New York, NY: Cambridge University Press, 2012.
- Ignatieff, Michael. *Human Rights as Politics and Idolatry*: Herausgegeben von Amy Gutmann. New Jersey: Princeton University Press, 2003.
- Putnam, Robert D. „E pluribus unum: Diversity and community in the twenty-first century the 2006 Johan Skytte Prize Lecture.“ *Scandinavian political studies* 30, Nr. 2 (2007): 137–74.
- Taylor, Charles. *Sources of the Self: The Making of the Modern Identity*. Cambridge: Cambridge University Press, 1992.
- . „Why democracy needs patriotism.“ *For love of country: Debating the limits of patriotism*, 1996, 119–21.
- Wall, Wendy. *Inventing the „American Way“: The Politics of Consensus from the New Deal to the Civil Rights Movement*. Oxford; New York: Oxford University Press, 2008.